

Sachdokumentation:

Signatur: DS 60

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/60



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Medienkonferenz

Komitee NEIN zur Juso-Spekulationsinitiative



AM 28. FEBRUAR

Dienstag, 19.01.2016, 13.30 Uhr
Medienzentrum, Bundesgasse 8,
3003 Bern

FDP
Die Liberalen



grünliberale

Überparteiliches Komitee gegen die JUSO-Initiative

Bern, 14.01.2016

Einladung zur Medienkonferenz

Überparteiliches Komitee gegen die JUSO-Initiative

Am 28. Februar kommt die Eidgenössische Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln (Spekulationsstopp-Initiative)“ vors Volk.

Die Jungsozialisten fordern darin ein Spekulationsverbot für Geschäfte mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen. Dies soll eine Massnahme gegen überhöhte Preise und Hunger in Entwicklungsländern darstellen. Ein solcher Zusammenhang ist jedoch nicht nachgewiesen, die Wissenschaft geht vielmehr vom Gegenteil aus. Da die Initiative zudem unnötige Bürokratie bringt und dem Wirtschaftsstandort Schweiz schadet, nützt sie niemandem und wird von einem überparteilichen Komitee, bestehend aus FDP.Die Liberalen, SVP, CVP, BDP und GLP, abgelehnt. Aktiv unterstützt wird dieses von seinen Jungparteien. Das Komitee lädt Sie gerne zu einer Medienkonferenz ein, um Ihnen seine Argumente im Detail zu präsentieren.

Medienkonferenz

Dienstag, 19.01.2016, 13.30 Uhr

Medienzentrum, Bundesgasse 8, 3003 Bern

Referentinnen und Referenten

- Beat Walti, NR FDP ZH
- Hansjörg Knecht, NR SVP AG
- Isidor Baumann, SR CVP UR
- Duri Campell, NR BDP GR
- Isabelle Chevalley, NR GLP VD
- Maurus Zeier, Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Mit freundlichen Grüssen

Matthias Leitner

Kampagnenleiter FDP.Die Liberalen

Kontakt:

› Matthias Leitner, Kampagnenleiter Bürgerliches Komitee, 031 320 35 33, 079 794 32 39

Comité interpartis contre l'initiative des Jeunes Socialistes

Berne, le 14.01.2016

Invitation à une conférence de presse

Comité interpartis contre l'initiative des Jeunes Socialistes

Le 28 février, l'initiative populaire fédérale « Pas de spéculation sur les denrées alimentaires » sera soumise au vote.

Les Jeunes Socialistes (JS) demandent dans cette initiative, qu'il soit interdit aux entreprises de faire des transactions à terme concernant les denrées alimentaires et les matières premières agricoles. Le lien entre ces deux éléments n'est cependant pas prouvé, les études démontrent plutôt le contraire. Etant donné que l'initiative génère également des charges administratives supplémentaires et qu'elle nuit à la place économique suisse, elle est inutile et est refusée par le Comité interpartis se composant du PLR, Les Libéraux-Radicaux, de l'UDC, du PDC, du PBD et des Vert'libéraux. Le Comité est aussi soutenu activement par les partis jeunes des partis cités précédemment. Le Comité vous convie à une conférence de presse, afin de vous présenter ses arguments en détail.

Conférence de presse

Mardi, 19.01.2016, 13h30

Centre de presse, Bundesgasse 8, 3003 Berne

Intervenants

- Beat Walti, CN PLR ZH
- Hansjörg Knecht, CN UDC AG
- Isidor Baumann, CE PDC UR
- Duri Campell, CN PBD GR
- Isabelle Chevalley, CN Vert'libéraux VD
- Maurus Zeier, Président Jeunes Libéraux-Radicaux Suisses

Meilleures salutations,

Matthias Leitner

Responsable de campagnes PLR, Les Libéraux-Radicaux

Contact:

› Matthias Leitner, responsable de campagne Comité centre-droit, 031 320 35 33, 079 794 32 39

NEIN zur Juso-Spekulationsinitiative

Das überparteiliche Nein-Komitee präsentiert seine Argumente

Das überparteiliche Nein-Komitee gegen die Juso-Spekulationsinitiative hat heute in Bern seine Argumente präsentiert. Der Zusammenschluss aus FDP, SVP, CVP, BDP und GLP wird sich in den nächsten Wochen entschieden gegen die missglückte Initiative einsetzen, die wirkungslos gegen den Hunger ist, die Schweizer Wirtschaft aber schwer belastet. Unterstützt werden sie dabei von ihren Jungparteien, die sich als Hauptabsender der überparteilichen Kampagne entschieden gegen die Juso-Initiative engagieren werden.

Die Initianten bauen ihr ganzes Anliegen auf der ideologisch geprägten Annahme auf, dass Investitionen an Terminbörsen für Agrarrohstoffe zu höheren Nahrungsmittelpreisen führen. Das ist ein Irrglaube: Eine bedeutende Mehrheit der Studien zeigt, dass entweder kein Effekt zu beobachten ist oder gar ein preisdämpfender. Die Investoren übernehmen eine wichtige Funktion auf dem Markt. Sie bringen Liquidität in die Märkte und sichern die Preise für die Bauern ab, damit diese Planungssicherheit haben. Auf dem Weltmarkt führt dies zu einer Dämpfung der Preisschwankungen – sowohl nach unten wie auch nach oben. Würde man solche Investitionen verbieten, würde man genau das Gegenteil vom gewünschten Ergebnis erreichen: tendenziell höhere Preise, die stärkeren Schwankungen unterliegen. Deshalb sprechen sich auch internationale Organisationen wie die UNO nicht für ein Verbot aus.

Die Wirkung der Initiative würden wir entsprechend ausschliesslich im Inland zu spüren bekommen. Betroffene Firmen wären gezwungen, ihren Standort ins Ausland zu verlegen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gingen verloren. Den verbleibenden Firmen würden wir damit danken, dass wir sie mit massiver Bürokratie belasten, denn der Handel mit Nahrungsmitteln müsste zukünftig von einer neuen Behörde intensiv überwacht werden.

Negativ sind auch die indirekten Effekte der Initiative, denn sie lenkt vom eigentlichen Grund für den weltweiten Hunger ab. Steigende Preise und Hungersnöte hängen massgeblich vom Ölpreis und lokalen Umständen wie extremen Witterungsverhältnissen, politische Krisen, Handelshemmnissen oder Korruption ab. Um die Situation in betroffenen Ländern zu verbessern, ist es wesentlich, sich auf die wirklichen Ursachen des Problems zu konzentrieren, anstatt mit ideologischen Massnahmen vom Wesentlichen abzulenken und neue Probleme zu schaffen.

Die Initiative der Juso ist wirkungslos und kontraproduktiv. Sie schadet allen und hilft niemandem. Sie ist deshalb in aller Form abzulehnen.

Kontakt:

- Beat Walti, NR FDP ZH, 079 296 72 25
- Hansjörg Knecht, NR SVP AG, 079 664 52 49
- Isidor Baumann, SR CVP UR, 079 388 39 33
- Duri Campell, NR BDP GR, 079 222 03 87
- Isabelle Chevalley, NR GLP VD, 079 627 92 30
- Maurus Zeier, Präsident Jungfreisinnige Schweiz, 079 508 55 53

Sperrfrist: 19.01.2016, 13.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Leere Versprechen gegen schlechtes Gewissen?

Nationalrat Beat Wälti, FDP/ZH

Die Juso-Spekulationsinitiative ("Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln") will vordergründig hohe Nahrungsmittelpreise und den Hunger in der Welt bekämpfen – ein hehres, richtiges Ziel. Diese Initiative ist in Tat und Wahrheit aber ein ideologisches Projekt, das im Falle einer Annahme die versprochene Wirkung verfehlt, in der Schweiz jedoch viel Schaden anrichtet.

Kein Zusammenhang zwischen "Spekulation" und hohen Preisen

Erstens werden die Preise für Nahrungsmittel nicht von Spekulanten "getrieben", sondern sind im Wesentlichen das Ergebnis von Marktverhältnissen (Angebot/Nachfrage; produzierte Mengen, Verknappung z.B. wegen Trockenheit, Handelsbeschränkungen etc.). Die Auswertung von über 100 Studien zur Wirkung von "Finanzspekulation" auf die Rohstoffpreise zeigt mehrheitlich keinen Effekt, oder wenn, dann einen positiven. Und: Der Preis von Reis stieg 2008 sprunghaft an, obwohl es praktisch keine – "spekulative" – Termingeschäfte auf Reis gibt. Auch gibt es zwischen der Anzahl Finanztransaktionen auf Weizen und dem Weizenpreis in den letzten Jahren (seit 2005) keinen signifikanten Zusammenhang. Dies gilt insbesondere für die lokalen Nahrungsmittelmärkte in weniger wohlhabenden Ländern, die für die Ernährungssituation in diesen Ländern entscheidend sind – anders als der internationale Handel ("Weltmarkt") und die Terminmärkte, welche die Initianten im Auge haben. Hingegen ermöglichen Termingeschäfte – auch "spekulative" – den Marktteilnehmern, v.a. den Produzenten, bei Bedarf eine Absicherung und Verlagerung ihrer (Preis-) Risiken auf "Spekulanten".

Internationale und nationale Regulierung besteht

Zweitens erfolgt die Preisbildung für Nahrungsmittel nicht in der Schweiz. Die Rohstoffbörsen liegen im Ausland und unterstehen nicht dem Schweizer Recht. Die USA und die EU haben mit der Einführung von Positionslimiten bei Termingeschäften regulatorische Massnahmen getroffen, mit denen im Fall des Missbrauchs von Marktmacht durch einen Marktteilnehmer eingegriffen werden kann. Entsprechende Limiten könnten mit dem neuen "Finfrag" (Finanzmarktinfrakturgesetz) auch in der Schweiz eingeführt werden, sollten sich hier Handelsplätze für Nahrungsmittel entwickeln. Ein Verbot gewisser Termingeschäfte für Unternehmen resp. Händler mit Sitz in der Schweiz, wie es die Initiative fordert, ist demgegenüber nutzlos.

Kontakt:

Nationalrat Beat Wälti, 079 296 72 25

Sperrfrist: 19.01.2016, 13.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Die Initiative ist kontraproduktiv

Nationalrat Duri Campell, BDP/GR

Die Initianten argumentieren, die Nahrungsmittelspekulation treibe die Preise in die Höhe und sei deshalb mitverantwortlich für Hungersnöte in Entwicklungsländern. Ein Zusammenhang zwischen spekulativen Geschäften und den in den Jahren 2007 und 2008 beobachteten Preisausschlägen konnte in der Mehrheit der wissenschaftlichen Studien aber nicht festgestellt werden. Vielmehr sind Umweltkatastrophen wie z. B. Dürreperioden, Überschwemmungen und politische Ausfuhrbeschränkungen dafür verantwortlich.

Viele Schweizer wünschen sich und fordern weniger Regulierung und mehr Bürokratieabbau. Die Annahme dieser Initiative würde diese unerwünschte Entwicklung fördern. Die Umsetzung wäre bedeutend aufwendiger als die bestehenden internationalen Regeln. Sie würde zu einem erneuten Bürokratieschub führen, der im gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Umfeld kaum zu ertragen und unverhältnismässig wäre. Zugleich müsste die Schweiz eine neue Aufsichtsbehörde schaffen, die bei sämtlichen Unternehmen kontrolliert, zu welchem Zweck diese Terminverträge eingehen. In der Schweiz ansässige Rohstoffhändler und Nahrungsmittelproduzenten müssten in jedem Einzelfall nachweisen können, dass sie ihre Geschäfte nicht aus reinen Spekulationszwecken tätigen. Dies zöge einen grossen Aufwand an Kontroll- und Überwachungsmassnahmen nach sich und führte zu juristischen Unsicherheiten, welche Geschäfte noch erlaubt wären und welche nicht.

Radikale Markteingriffe destabilisieren die Rohstoffmärkte. Je mehr Akteure in einem Markt sind, desto schwerer lässt sich dieser steuern. Vor diesem Hintergrund ist es kontraproduktiv, die Anzahl Marktteilnehmer regulatorisch übertrieben einzuschränken.

Mit dieser Initiative würde die Schweiz im Alleingang kaum das gewünschte Ziel einer Verringerung der Hungersnot erreichen. Nein, der Wirtschaftsraum Schweiz würde eingegrenzt. Logische Folge wäre eine Abwanderung von Unternehmen ins Ausland.

Fazit: Es ist traurig, dass es in der heutigen Zeit immer noch Menschen gibt, die Hunger leiden müssen. Die Initiative „keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ ist jedoch nicht das richtige Instrument, um diese Realität zu verbessern.

Kontakt:

Nationalrat Duri Campell, 079 222 03 87

Sperrfrist: 19.01.2016, 13.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Die Initiative bedeutet unnötige Regulierung und hat massive Bürokratie zur Folge

Nationalrat Hansjörg Knecht, SVP/AG

Abgesehen davon, dass die Spekulationsstopp-Initiative am Ziel vorbeischießt und die lokalen Nahrungsmittelpreise wegen der fehlenden Absicherungsmöglichkeit eher noch in die Höhe treibt, ist sie für Schweizer Unternehmer mit viel **Bürokratie** verbunden.

In der Bundesverfassung würde stehen: «Der Bund erlässt Vorschriften zur Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln.» In der Praxis würde dies bedeuten, dass aufgrund dieser zusätzlichen, aber unnützen Regulierung eine neue staatliche **Aufsichtsbehörde** geschaffen werden müsste. Diese Behörde müsste die Einhaltung des Verbots für Finanzakteure prüfen, auf den entsprechenden Terminmärkten zu investieren.

Zu besonders viel Aufwand führen würde die **Ausnahmeregel**, wonach solche Termingeschäfte dann zulässig sind, wenn sie der (Zitat Bundesverfassung) «terminlichen oder preislichen Absicherung bestimmter Liefermengen» dienen. Es müsste also kontrolliert werden, mit wem und warum Nahrungsmittelproduzenten und -händler Terminkontrakte über Mais, Weizen oder Kaffeebohnen abschliessen. Das benötigt nicht nur beim Staat, sondern auch in der Wirtschaft zusätzliches Personal, denn das sogenannte Hedging (die Absicherung) besteht oft aus einer Vielzahl ganz unterschiedlicher Verträge an mehreren Börsen. Muss also jeder einzelne Vertrag einer Kontrollbehörde vorgelegt und bewiesen werden, dass er nur zu Absicherungszwecken abgeschlossen wurde und welche spezifische Lieferung damit abgesichert wird, führt das zu massiven Bürokratiekosten. Ihrer Nachweispflicht gar nicht erst nachkommen könnten die Finanzakteure, denn an den Terminbörsen ist das Geschäft anonymisiert.

Sämtliche dieser Börsen liegen übrigens im Ausland, wo eine Schweizer Regulierung nicht greifen würde. Zudem verfügt die Schweiz über keinerlei Erfahrung in der Umsetzung einer Unterscheidung zwischen erlaubtem «gutem Hedging» und verbotener «böser Spekulation». Ganz im Gegensatz zu den USA, wo in Chicago eine der weltweit grössten Terminbörsen für Agrarrohstoffe angesiedelt ist. Die dortige Erfahrung und Expertise zeigt aber auch, dass eine Aufsichtsbehörde, ist sie erst einmal geschaffen, immer mehr kostet: Das Budget der US-Terminmarktaufsicht CFTC hat sich innerhalb von zehn Jahren verdreifacht.

Zusammengefasst, würde ein Ja zur Juso-Initiative nicht nur zu einer riesigen, sondern auch unnützen Bürokratie führen. In der Realität ist es schlussendlich unmöglich, den Zweck von derivativen Geschäften stets nachzuweisen, dafür sind Hedging-Strategien viel zu komplex. Die Schweiz schüfe also einen planwirtschaftlichen Koloss ohne positiven Effekt auf das weltweite Hungerproblem. Über die negativen Folgen für unser Land wird Sie meine Nachrednerin informieren. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Kontakt:

Nationalrat Hansjörg Knecht, 079 664 52 49

Sperrfrist: 19.01.2016, 13.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Nein zum Verbannen von Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen aus der Schweiz

Nationalrat Isidor Baumann, CVP/UR

Regulierungen sind grundsätzlich Gift für eine innovative Wirtschaft. Ich bin der Überzeugung und die Geschichte des Erfolgsmodells der Schweizer Wirtschaft bestätigt dies, dass übertriebene und einseitige Regulierung dem Schweizer Handelsplatz schaden. Wir machen uns unattraktiv für internationale Unternehmen, welche wertvolle Arbeitsplätze in der Schweiz generieren und meist auch gute Steuerzahler sind. Alleingänge, das heisst Regulierungen, welche alle unsere Nachbarn um uns herum nicht kennen, sind da besonders unnötig, auch unwirksam und damit reine Bürokratie.

Die Juso hat mit ihrer Initiative ein emotionales und berechtigtes Anliegen aufgenommen: Sie möchten den Hunger in der Welt bekämpfen. Das ist wichtig und richtig, doch ist es naiv zu denken, dass hier die Schweiz alleine und das noch mit nationalen, also innerstaatlichen Regulierungen, ihren Beitrag leisten soll. Dafür braucht es wichtigere und effizientere Mittel, welche international und mit Standards für dieses Problem Lösungen finden.

Die Spekulations-Initiative schadet nämlich mehr, als dass sie nützt und ist überhaupt nicht durchdacht. Die unnötige und bürokratische Regulierung würde den Schweizer Handelsplatz generell unattraktiver machen. Von der Vorschrift wären nicht nur Firmen betroffen, deren Kerngeschäft der Handel mit Nahrungsmitteln ist, sondern auch Banken, Versicherungen oder Pensionskassen, welche in diese Produkte investieren oder diese absichern. Es ist damit zu rechnen, dass diese Firmen die Schweiz verlassen würden und es auch keine Neuansiedlungen mehr geben würde. Der Weg wäre ja kurz. Schnell über die Grenze und schon ist diese Regulierung passé. Das würde zum Verlust vieler Arbeitsplätze und Steuereinnahmen führen, denn die Branche macht in der Schweiz knapp 4 Prozent am BIP aus.

Die Juso verfehlt ihr Ziel also vollkommen. Die Initiative bewirkt nichts ausser einer Umlagerung von Geschäftssitzen. Lösungen für die Beseitigung des Hungers in der Welt müssen international gefunden werden und die Schweiz ist hier sehr engagiert und aktiv in den internationalen Gremien vertreten und nimmt ihre Verantwortung wahr.

Ich sage Nein zum Initiative und damit Nein willkürlichen Verbannen von Arbeitsplätzen aus der Schweiz ins Ausland und ja zu internationalen Lösungen für ein globales Problem. Aus diesen Gründen lehnt die CVP diese Juso-Initiative klar ab.

Kontakt:

Nationalrat Isidor Baumann, 079 388 39 33

Sperrfrist: 19.01.2016, 13.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Non à l'instrumentalisation politique de la nourriture

Conseillère nationale Isabelle Chevalley, PVL VD

Halte à la spéculation alimentaire. Voilà qui devrait rassembler une énorme majorité de politiciens et de citoyens.

Pourtant, il faut combattre cette initiative avec fermeté pour la simple raison qu'elle ne résoudra pas la faim dans le monde mais qu'elle portera atteinte à de nombreux emplois en Suisse ainsi qu'aux rentrées financières dans les caisses de l'Etat.

En mai 2014, j'ai créé l'Intergroupe parlementaire Suisse-Afrique. Cela fait plus de 15 ans que je me rends régulièrement en Afrique pour des projets humanitaires. Je connais bien ce continent.

La cause principale des famines c'est la guerre, puis vient bien sûr les problèmes

climatiques et le gaspillage lié aux problèmes de récolte et de stockage. Le riz qui est la base de la nourriture dans de nombreux pays africains ne possède même pas de marchés financiers, alors comment accuser ces mêmes marchés des prix excessifs du riz certaines années ?

Si je prends l'exemple du Burkina Faso, pays que je connais bien, ils ont des problèmes de stockage de nourriture, ce qui signifie qu'au moment de la récolte, les marchés sont envahis de pomme de terre ou d'oignons, les prix pour le consommateur sont donc très bas et quelques mois plus tard, ils n'ont plus de réserve faute d'avoir pu stocker leurs produits et du coup ils doivent importer ces aliments des pays voisins à prix d'or. La coopération au développement suisse soutient la création de cave à pomme de terre et de case pour stocker les oignons. Grâce à ce soutien, ils peuvent mieux maîtriser la quantité de produits qu'ils mettent sur le marché et peuvent dès lors maintenir un prix élevé pour le paysan. D'autre part, ils peuvent fournir au pays une grande partie de l'année des produits de base pour l'alimentation ce qui évite des prix excessifs. Tout le monde est gagnant, le paysan comme le consommateur.

Le gaspillage alimentaire au sud est dû aux problèmes de stockage et c'est une source majeure de l'envolée des prix. C'est bien en ciblant l'aide sur des problèmes réels que l'on va combattre la faim, et non en empêchant le bon fonctionnement des marchés à terme.

Ceux-ci ont une fonction importante: ils permettent aux producteurs de biens alimentaires tels que les agriculteurs de s'assurer contre les risques inhérents aux récoltes. Or, les marchés à terme ne fonctionnent que si les acteurs financiers y investissent leur argent, apportent la liquidité nécessaire, pour couvrir les risques. Les producteurs et les négociants se retrouvent ainsi contraints de « parier » lorsqu'ils ne peuvent pas couvrir leurs transactions. A cet égard, l'Ethiopie, un des pays les plus pauvres au monde, constitue un exemple intéressant. En 2008, ce pays met sur pied un marché à terme consacré à l'époque essentiellement au café. Cinq ans plus tard, environ 2,4 millions de petits agriculteurs couvraient leurs risques à travers cette bourse, où s'échangeaient non seulement du café, mais aussi du blé, du sésame, des haricots et du maïs. C'est donc un véritable succès. En d'autres termes, l'Ethiopie s'est ainsi donné les moyens de développer ses activités agricoles et de couvrir les risques de ses producteurs à long terme. Mais pour fonctionner, le marché à terme a besoin de liquidité : c'est la raison pour laquelle la Banque africaine de développement recherche actuellement des investisseurs pour mettre en place des marchés à terme et les faire fonctionner.

Que fait la Suisse?

Le Parlement n'est pas resté inactif et a introduit les limites de position dans la loi sur les marchés financiers en juin 2015. Selon la FAO, les limites de position sont la meilleure manière de lutter contre

la faim et la spéculation en évitant les excès du marché. La FAO reconnaît même que la financiarisation des marchés est nécessaire. Malgré cette importante décision du Parlement, les jeunes socialistes ont refusé de retirer leur texte. Dès lors, on peut se demander ce qui anime vraiment ces jeunes politiciens : régler un problème ou faire parler d'eux?

Ils veulent le bien des personnes qui ont faim mais sans connaître leurs réalités. Dès lors, ils instrumentalisent les pauvres pour leur marketing politique. La spéculation politique est sans limite. On ne peut que s'indigner face à cette attitude irresponsable.

Les vert'libéraux s'engageront fermement contre cette initiative nuisible pour les pays du sud et pour la Suisse.

Kontakt :

Conseillère nationale Isabelle Chevalley, 079 627 92 30

Sperrfrist: 19.01.2016, 13.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Die Initiative aus Sicht der bürgerlichen Jungparteien

Maurus Zeier, Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Sämtliche bürgerlichen Jungparteien setzen sich gemeinsam gegen diese wirtschaftsfeindliche Initiative ein. Diese Initiative hilft niemandem und schadet allen. Für uns als bürgerliche Jungparteien ist es selbstverständlich, dass wir die Initiative nicht nur entschieden ablehnen, sondern sie auch aktiv bekämpfen. Mit einer koordinierten schweizweiten Kampagne werden wir den Initianten Paroli bieten und zeigen, dass ein Grossteil der jungen Schweizerinnen und Schweizer diese Initiative ablehnt.

Zielführende Alternativen gibt es aus bürgerlicher und liberaler Sicht einige. Bei uns lautet das Credo «Ermöglichen statt verbieten.» Wir wollen mit offenen und freien Märkten den internationalen Handel und damit den Wohlstandsaustausch ermöglichen und wollen weiterhin Investitionen in die Landwirtschaft ermöglichen.

Die Jungfreisinnigen gehen noch einen Schritt weiter: Wir setzen uns für mehr Freihandel und weniger Import- und Exportrestriktionen ein. Eine Junge SVP, welche sich mit uns zusammen ebenfalls gegen die JUSO-Spekulationsinitiative engagiert, würde das vermutlich etwas anders sehen. Genauso wie auch die anderen Parteien dieser jungen bürgerlichen Allianz eine Hand voll eigener Rezepte haben. Wir haben uns aber nicht deshalb zusammengetan, weil wir unsere Differenzen in der Agrarpolitik beseitigen wollen, sondern vielmehr, weil wir zum Ermöglichen der von uns favorisierten Alternativen ein nicht zielführendes, einschränkendes und schädliches Spekulationsverbot ablehnen. Deshalb können wir über die Differenzen in den verschiedenen Parteiprogrammen hinwegsehen und gemeinsam eine junge, bürgerliche Allianz gegen diese Initiative mobilisieren. Wo wir gleiche Ziele haben spannen wir zusammen.

Dafür wollen wir Präsenz markieren: Mit Aktionen auf der Strasse, in den sozialen Medien sowie aber auch mit einer nationalen Plakatkampagne, welche in den letzten Tagen gestartet ist.

Wir haben diese Medienkonferenz mit einem Freisinnigen angefangen, und hören mit einem Jungfreisinnigen auf. Das zeigt: Die Allianz ist sogar noch breiter, Jung und Alt wehren sich gegen die Initiative, weil sie

- wirkungslos und kontraproduktiv ist,
- die wirklichen Ursachen des Hungerproblems ignoriert,
- dem Wirtschaftsstandort Schweiz Schaden zufügt, und,
- da sie verbietet, anstatt zu ermöglichen.

Damit hilft die Initiative niemandem, sondern sie schadet allen. Deshalb lehnt eine breite Allianz die JUSO-Spekulationsinitiative ab.

Kontakt:

Maurus Zeier, Präsident Jungfreisinnige Schweiz, 079 508 55 53

**Hilft
niemandem,
schadet
allen.**



AM 28. FEBRUAR



**N'aide
personne,
nuît
à tous.**



LE 28 FÉVRIER

jeunes
vert'libéraux



jeunes libéraux radicaux
suisses



**Non aiuta
nessuno,
danneggia
tutti.**



IL 28 FEBBRAIO

jeunes
vert'liberaux



giovani liberali radicali
svizzeri

